



Pressemitteilung

6. November 2018

SPD will Grundstückseigentümer bei Straßenausbau entlasten

Gesetzentwurf: Abschaffung von Beiträgen zum Ausbau von Gemeindestraßen – Land NRW zahlt

Pressekontakt
Wahlkreisbüro:

Dr. Marina Stalljohann-
Schemme

Am Velper Bahnhof 11
49492 Westerkappeln

☎: 05456/9348439

✉: [marina.stalljohann-
schemme@landtag.nrw.de](mailto:marina.stalljohann-schemme@landtag.nrw.de)

www.franksundermann.de

Kreis Steinfurt/Rheine. Es ist ungerecht. Obwohl die Erneuerung einer Straße, eines Bürgersteigs oder einer Straßenlaterne allen Menschen, die sie benutzen, zugutekommt, müssen die Grundstückseigentümer den Ausbau vor ihrer Tür bezahlen – sofern es sich um eine kommunale Straße handelt. „Das muss sich ändern“, sagt der SPD-Landtagsabgeordnete des Tecklenburger Landes, Frank Sundermann. Seine SPD-Fraktion hat heute in Düsseldorf einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, der die sogenannten Straßenausbaubeiträge abschafft. Stattdessen soll das Land Nordrhein-Westfalen die finanzielle Lücke bei den Städten und Gemeinden schließen, die hierdurch entstehen – jährlich etwa 112 bis 127 Millionen Euro.

Auch der Rat der Stadt Rheine habe die schwarz-gelbe Landesregierung in einer Resolution aufgefordert, die Beiträge abzuschaffen. Ebenso nehme die SPD-Landtagsfraktion den Landesverkehrsminister Hendrik Wüst (CDU) in die Pflicht. „Er hat sich Mitte September gegenüber der Presse für den Wegfall der Anliegerbeiträge im kommunalen Straßenbau sowie für eine Kompensation für die Kommunen durch das Land NRW ausgesprochen“, sagt Sundermann.

Weil die Gemeinden bislang per Gesetz die Grundstückseigentümer an den Kosten für den Ausbau von Gemeindestraßen beteiligen, können auf die Anwohner schnell vier- oder sogar fünfstelligen Summen zukommen. „Insbesondere junge Familien, Alleinerziehende, Geringverdiener oder Senioren bringt das in große finanzielle Schwierigkeiten und ist teilweise sogar existenzgefährdend“, sagt Sundermann. Für die bisher zur Zahlung von Straßenausbaubeiträgen verpflichteten

Verantwortlich für den Inhalt
Frank Sundermann MdL

Landtagsbüro
✉ Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

☎ 0211 / 884-2694
✉ frank.sundermann@landtag.nrw.de



Pressemitteilung

6. November 2018

Grundstückseigentümer wäre die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge eine deutliche Entlastung.

Die finanziellen Schwierigkeiten der Grundstückseigentümer würden die Kommunen immer stärker unter Druck setzen. Außerdem käme es immer häufiger zu Rechtsbehelfsverfahren. „Auch Stundung oder Ratenzahlung sind keine Lösungen für die starke finanzielle Belastung von Grundstückseigentümerinnen und Grundstückseigentümern.“

Sundermann betont jedoch, dass die Straßen der Gemeinden und Kommunen Teil der öffentlichen Einrichtung sind: „Ihre Verbesserung und der Ausbau gehören zur Daseinsvorsorge des Staates, weshalb Straßenausbaumaßnahmen der Gemeinden und Kommunen ebenso aus Steuermitteln finanziert werden sollten, wie dies bei Bundes-, Landes- und Kreisstraßen passiert.“

Der SPD-Politiker sieht viele Vorteile in einer Finanzierung des Straßenausbaus aus Steuermitteln: Konflikte in Gemeinden und Kommunen können verhindert, die Lasten des Straßenausbaus gerecht verteilt, die Planbarkeit der Baumaßnahmen für die Gemeinden und Kommunen verbessert, der Verwaltungsaufwand gesenkt und Rechtssicherheit für Bürger und Kommunen geschaffen werden. Bei der Gesetzesänderung gehe es ausschließlich um die Erhebung von Beiträgen für den Ausbau oder die Erneuerung von Straßen, nicht um den Erstausbau.“